

Presse- information

Helmut Barthel

Stahlgipfel jetzt – klimaneutraler Stahl braucht dringend gemeinsame Anstrengung

Anlässlich einer Runde der wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD aus den Stahlländern erklären die Abgeordneten Frank Sundermann (NRW), Christos Pantazis (Niedersachsen), Helmut Barthel (Brandenburg), Eugen Roth (Saarland), Carsten Sieling (Bremen) und Volker Stahmann (Bremen):

„Angesichts der nun auf Bundesebene beschlossenen ehrgeizigen Klimaschutzziele muss der Umstieg auf klimaneutralen Stahl nun mit deutlich größerem Tempo vorangetrieben werden. Unternehmen und Beschäftigte der Stahlbranche werden für eine klimaneutrale Wirtschaft gebraucht. Klimaneutraler Stahl etwa in Windkraftwerken, E-Elektroautos oder Gebäuden und Brücken muss aus Deutschland kommen, sonst werden diesen Zukunftsmarkt andere Stahlproduzenten übernehmen.

Daher bedarf es umgehend einer Wiederauflage des Stahlgipfels, um ein abgestimmtes Vorgehen der betroffenen Länder, Unternehmen und Belegschaften zu erreichen.“

Die wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD aus den Stahlländern fordern die Landesregierungen der Stahlländer dringend auf, den im Dezember 2020 abgesagten Stahlgipfel noch im Sommer einzuberufen. Die Länder hatten sich verständigt, den nächsten Gipfel in Nordrhein-Westfalen stattfinden zu lassen.

Die NRW-Landesregierung unter Ministerpräsident Laschet duckt sich hier weg, der NRW-Wirtschaftsminister Pinkwart findet die Stahlindustrie in NRW offenbar so unwichtig, dass er den Stahlgipfel schlicht vergessen hat.

Presse- sprecherin

Katrin Molkentin

E-Mail:
katrin.molkentin@spd-fraktion.brandenburg.de

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 1319
Mobil: 0170 / 860 96 14

Sollte NRW den Stahlgipfel nicht kurzfristig einberufen, schlagen die Teilnehmer der Runde vor, dass die Freie Hansestadt Bremen einen solchen Stahlgipfel im Rahmen der Stahlallianz der Länder ausrichtet. Der erste Stahlgipfel dieser Art wurde 2018 auf Initiative des SPD-geführten Wirtschaftsministeriums des Saarlandes einberufen und hat der Diskussion um eine zukunftsfähige Stahlindustrie seinerzeit einen großen Schub verliehen.

Ziel des Stahlgipfels muss es sein, eine gemeinsame Position zu den in den kommenden Monaten anstehenden wichtigen Entscheidungen für die Stahlindustrie zu finden, wie etwa die Vorschläge der EU-Kommission für einen CO₂-Grenzausgleich und zur Zuteilung von CO₂-Zertifikaten, verbindliche und der Größe der Herausforderung angemessene Förderzusagen für die Investitionen für klimaneutralen Stahlproduktion, Absatzförderung für klimaneutralen Stahl und die Beschleunigung des Infrastrukturausbaus etwa für Gas- und Stromnetze.

Es kann nicht sein, dass durch das Desinteresse der CDU-FDP-Koalition in NRW unter Armin Laschet die Zukunft einer nachhaltigen Stahlindustrie mit zigtausenden zukunftsfesten guten Arbeitsplätzen verspielt wird.